

Politisch gehört die Türkei zu Europa

Ist der Staat am Bosphorus aber bereit für die EU – und umgekehrt? Eine Vortragsreihe gab Denkanstöße.

VON UNSEREM MITARBEITER
KOJA LINDEN

AACHEN. Schon wieder platze ein Hörsaal der RWTH aus allen Nähten. Es war nicht das erste Mal in der zweiwöchigen Aachener Vortragsreihe: „Gehört die Türkei zu Europa?“ Bei einer Podiumsdiskussion zum Abschluss erwarteten rund 300 Zuhörer Antworten von



Türken in Europa

dem CDU-Europaabgeordneten Elmar Brok, der NRW-Staatssekretärin für Europa, Miriam Meckel, dem türkisch-deutschen Unternehmer Kemal Sahin und dem Brüsseler Korrespondenten der Frankfurter Rundschau, Martin Winker.

Obwohl es zum Teil hoch herging, waren sich in der Ausgangsfrage alle Beteiligten einig: Ja, die Türkei gehöre zu Europa, wollte selbst Brok keine politische Grenze entlang des Bosphorus ziehen. Es gebe aber, so der Vorsitzende des

Auswärtigen Ausschusses im europäischen Parlament, auch ein geistiges Europa. Dieses habe sich aus christlich-jüdischer und griechisch-römischer Tradition entwickelt. Dass man die Türkei aus diesem Europa nicht ausschließen könne, meinte dagegen Sahin, der größte türkische Arbeitgeber in Deutschland. Er verwies auf die über 50-jährige Mitgliedschaft seines Heimatlandes in der NATO, in der die Türkei für europäische Werte wie Menschenrechte und Freiheit eingetreten sei.

Dennoch, die Glaubensfrage wurde nicht gestellt in der von „Nachrichten“-Redakteur Peter Pappert moderierten Debatte. Er lenkte den Blick eher auf die Handlungsfähigkeit der EU. Diese sieht vor allem Brok gefährdet, wenn es jetzt schon Beitrittsverhandlungen mit der Türkei begännen. Man dürfe angesichts der gerade vollzogenen Ost-Erweiterung und des Versuchs, sich eine gemeinsame Verfassung zu geben, die Handlungsfähigkeit einer vergrößerten Union nicht aus den Augen verlieren. Meckel steht da jedoch keine Probleme, wenn man sich an die vorgegebenen Kriterien halte und die Verhandlungen mit Ankara absolut ergebnisoffen führe. Man habe aber mit der Türkei eine Verabredung getroffen, die Jahrzehnte alt sei, und daran müsse man sich halten.

Winter dagegen sieht eine von beiden Seiten unehrlich geführte Diskussion. „Die Türkei hat jahrzehntelang nichts getan.“ Erst als sie nach dem Ende des Kalten Krieges ihre geopolitische Bedeutung zwischen den Machtblöcken verloren habe, seien Reformen in Gang gesetzt worden. Winter geht es nicht nur um die Frage, ob die Türkei die EU-Kriterien erfüllt, sondern – ähnlich wie Brok – auch darum, ob die EU überhaupt in der Lage ist, den Beitritt zu bewältigen – eine Sorge, die Sahin nicht teilen will. Der Unternehmer verwies auf das hohe Wirtschaftswachstum in seiner Heimat, deshalb seien Broks Schätzungen, wie viel Geld ein Türkei-Beitritt die Europäer kosten würde, falsch.

Die Diskussion nahm auch den Nahen Osten und damit Sicherheitsaspekte in den Blick. Europa sei eines der größten Friedensprojekte der Moderne, so Meckel, das man zu gegebener Zeit auch auf die Türkei erweitern könne.

Beitrag zum Frieden

Sahin ging noch weiter. „Der größte Friedensbeitrag, den die EU leisten kann, ist es, eine demokratische Türkei mit ihrem gemäßigten Islam durch einen Beitritt zu stärken.“ Darin sieht er auch ein Signal für die Muslime in dieser Region. Winter zeigte sich skeptisch: Durch eine Erweiterung um die Türkei würde die bislang innenpolitisch agierende EU automatisch zu einem geostrategischen Akteur. Ob sie das will und kann, diese Frage blieb nicht nur an diesem Abend unbeantwortet.

Kardinal Lehmann: Katholische Kirche skeptisch

- ▶ Die katholische Kirche in Deutschland blickt skeptisch auf einen möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. „Unsere Bischofskonferenz hat dazu keinen Beschluss gefasst. Aber dass wir Bedenken haben, ist kein Geheimnis“, sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, der „Super Illu“. Es gehe bei einer EU-Vollmitgliederschaft der Türkei „auch um die Identität Europas“.
- ▶ Lehmann warnte außerdem vor der Gefahr des islamischen Fundamentalismus. Es gebe zwar in allen Religionen die Verführung zu fundamentalistischen Positionen. „Aber beim Islam kommt beispielsweise noch das unwältige Verhältnis von Religion und Staat, die Idee des Gottesstaates, hinzu, oder die Einstellung zur Gewalt“, erklärte der Kardinal. (dpa)